

Hauptsatzung der Gemeinde Oersberg

Kreis Schleswig-Flensburg
In der Fassung der I. Nachtragssatzung vom 30. April 20147

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung (GO) für Schleswig-Holstein wird nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung der Gemeinde Oersberg vom 02.04.2003 und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde vom 18.06.03 die folgende Hauptsatzung erlassen:

§ 1 Wappen, Siegel

- (1) Das Wappen der Gemeinde Oersberg zeigt, erhöht geteilt von Gold und Grün durch einen abgeflachten grünen Dreieck, oben drei grüne Laubblätter, unten ein aufgeschlagenes goldenes Buch, überdeckt mit einer goldenen Ähre.
- (2) Die Gemeinde Oersberg führt ein Dienstsiegel mit der Umschrift „Gemeinde Oersberg Kreis Schleswig-Flensburg“. In dem Dienstsiegel wird das Gemeindegewappen geführt.
- (3) Die Abbildung und Verwendung des Gemeindegewappens bedarf der Genehmigung durch die Gemeindevertretung.

§ 2 Einberufung der Gemeindevertretung

- (1) Die Gemeindevertretung ist zu Sitzungen einzuberufen, so oft es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch einmal im Vierteljahr.
- (2) Die Ladungsfrist beträgt mindestens eine Woche.
- (3) Die Gemeindevertretung trifft die ihr nach §§ 27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie diese nicht auf die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister übertragen hat.
- (4) Die Gemeindevertretung regelt ihre inneren Angelegenheiten, insbesondere den Ablauf der Sitzungen, durch eine Geschäftsordnung, soweit die GO keine Regelungen enthält.

§ 3 Bürgermeisterin oder Bürgermeister

- (1) Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister obliegen die ihr oder ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.
- (2) Sie oder er entscheidet ferner über
 1. Stundungen bis zu einem Betrag von 1.500 € über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr,
 2. Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und Niederschlagung solcher Ansprüche, Führung von Rechtsstreifen und Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 1.500 € nicht überschritten wird,
 3. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 1.500 € nicht überschritten wird,
 4. Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 1.500 € nicht übersteigt,

5. Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit die Gesamtbelastung 1.500 € nicht übersteigt,
 6. Veräußerung und Belastung von Gemeindevermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert von 1.500 € nicht übersteigt,
 7. Annahme von Schenkungen, Spenden und Erbschaften bis zu einem Wert von 1.500 €,
 8. Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden,
 9. Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 1.500 €,
 10. Vergabe von Architekten- und Ingenieursleistungen bis zu einem Wert von 1.500 €,
 11. Annahme von Schenkungen, Spenden und ähnliche Zuwendungen bis zu 1.500 €,
 12. Abgabe von Verzichtserklärungen auf die Ausübung gesetzlicher und dinglicher Vorkaufsrechte.
- (3) Der/die Bürgermeister/in wird im Falle seiner/ihrer Verhinderung von seinem/ihrer ersten Stellvertreter/in, ist auch diese® verhindert, von seinem/ihrer zweiten Stellvertreter/in vertreten.
- (4) Die Geschäftsordnung trifft Bestimmungen über die ausreichende und rechtszeitige Unterrichtung der Gemeindevertretung über wichtige Verwaltungsangelegenheiten durch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister.

§ 4 Gleichstellungsbeauftragte

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Kappeln, die die Rechte einer Gleichstellungsbeauftragten des Amtes Kappeln-Land hat, kann an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilnehmen, auch wenn diese nicht öffentlich tagen. Zeit, Ort und Tagesordnung sind ihr rechtzeitig bekanntzugeben. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen. Der Aufgabenbereich der Gleichstellungsbeauftragten bestimmt sich nach § 4 a der Hauptsatzung des Amtes Kappeln-Land.

§ 5 Ständige Ausschüsse

- (1) Die folgenden ständigen Ausschüsse nach § 45 (1) GO werden gebildet:

a) Finanz- und Wegeausschuss

Zusammensetzung: 3 Gemeindevertreter/innen
2 Bürger/innen, die der Gemeindevertretung angehören können

Aufgabengebiet: Finanzwesen, Grundstücksangelegenheiten, Steuern, Bau- und Wegeangelegenheiten

b) Ausschuss für Jugend, Kultur und Sport

Zusammensetzung: 3 Gemeindevertreter/innen
2 Bürger/innen, die der Gemeindevertretung angehören können

Aufgabengebiet: Schulwesen, Kultur- Gemeinschaftswesen, Förderung und Pflege des Sports

c) Ausschuss für Dorfentwicklung

Zusammensetzung: 3 Gemeindevertreter/innen
2 Bürger/innen, die der Gemeindevertretung angehören können

Aufgabengebiet: Umwelt und Gewässer, neue Medien, Denkmalpflege

d) Rechnungsprüfungsausschuss

Zusammensetzung: 3 Gemeindevertreter/innen

Aufgabengebiet: Prüfung der Jahresrechnung

- (2) Jede Fraktion kann für jeden Ausschuss bis zu zwei stellvertretende Ausschussmitglieder aus den Reihen der Gemeindevertreter/innen zur Wahl vorschlagen. Das gewählte stellvertretende Ausschussmitglied einer Fraktion wird tätig, wenn ein Ausschussmitglied seiner/ihrer Fraktion oder ein auf Vorschlag seiner/ihrer Fraktion gewähltes sonstiges Mitglied verhindert ist. Mehrere stellvertretende Ausschussmitglieder vertreten in der Reihenfolge, in der sie zur Wahl vorgeschlagen und gewählt worden sind.
- (3) Der Rechnungsprüfungsausschuss tagt nichtöffentlich.
- (4) Den jeweiligen Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit von Ausschussmitgliedern und den nach § 46 (8) GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Personen übertragen.

§ 6**Aufgaben der Gemeindevertretung**

Die Gemeindevertretung trifft die ihr nach §§ 27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie diese nicht auf die Bürgermeisterin / den Bürgermeister oder auf ständige Ausschüsse übertragen hat.

§ 7**Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern**

Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreterinnen oder -vertreter oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beteiligt sind, sind ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 1.500 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 125 €, halten. Ist dem Abschluss eines Vertrages eine Ausschreibung vorangegangen und der Zuschlag nach Maßgabe der Verdingungsordnung für Leistungen oder der Verdingungsordnung für Bauleistungen oder der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen erteilt worden, so ist der Vertrag ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn er sich innerhalb einer Wertgrenze von 4.500 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 375 €, hält.

§ 8**Verpflichtungserklärungen**

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 1.500 €, bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 125 €, nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 51 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung entsprechen, jedoch schriftlich erteilt wurden.

§ 9**Einwohnerversammlung**

- (1) Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin beruft einmal im Jahr eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner ein. Das Recht der Gemeindevertretung, die Einberufung einer Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt.

- (2) Für die Einwohnerversammlung ist eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mindestens 25 v.H. der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner einverstanden sind. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekanntzugeben.
- (3) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister leitet die Einwohnerversammlung. Sie oder er kann die Redezeit je Rednerin oder Redner beschränken, falls dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Sie oder er übt das Hausrecht aus.
- (4) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister berichten in der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und stellen diese zur Erörterung. Einwohnerinnen und Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mindestens 51 v.H. der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner abgegeben werden. Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Angelegenheiten der Gemeinde betreffen, ist nicht zulässig.
- (5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift soll mindestens enthalten:
 1. Die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
 2. Die Zahl der teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner,
 3. Die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
 4. Den Inhalt der Anregungen und Vorschläge über die abgestimmt wurde und das Ergebnis der Abstimmung.

Die Niederschrift wird von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet.

- (6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

§10

Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Das Amt Kappeln-Land ist für die Zahlung von Entschädigungen und um Gratulationen auszusprechen berechtigt, Namen, Anschrift, Funktion, Kontoverbindung, Fraktionszugehörigkeit, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Mitglieder der Gemeindevertretung sowie der sonstigen Ausschussmitglieder bei den gem. § 10 Abs. 2 LDSG Betroffenen zu erheben und in der Überweisungs- sowie Mitgliederdatei zu speichern.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Erhebung von Namen, Anschriften, Funktionen und Tätigkeiten von ehrenamtlich Tätigen.

§ 11

Veröffentlichungen

- (1) Satzungen der Gemeinde werden durch Aushang an der amtlichen Bekanntmachungstafel, die sich neben dem Buswartehäuschen in Oersberg befindet, während einer Dauer von 14 Tagen bekanntgemacht. Die Bekanntmachungen ist mit Ablauf des letzten Tages der Aushangfrist bewirkt. Der Tag des Aushangs und der Tag der Abnahme, die bei der Aushangfrist nicht mitrechnen, sind auf den ausgehängten Exemplaren mit Unterschrift und Abdruck des Dienstsiegels zu vermerken.
- (2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Abdruck des Dienstsiegels zu vermerken.

- (3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.

§ 12 Inkrafttreten

Die Neufassung der Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 07.09.98, zuletzt geändert durch die II. Nachtragssatzung vom 03.09.01 außer Kraft.